

# Handel vor Wandel

**Außenpolitik** Vizekanzler und Außenminister setzen sich über die Bedenken der Kanzlerin hinweg, den iranischen Präsidenten nach Deutschland einzuladen.

**N**och bevor der Airbus der deutschen Luftwaffe in Teheran landet, versammelt Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier die Wirtschaftsdelegation im vorderen Teil des Flugzeugs. „Wir haben dem Außenminister gesagt, dass wir einen Besuch des iranischen Präsidenten Rohani in Deutschland sehr begrüßen würden“, berichtet anschließend einer der Unternehmensvertreter.

Für den Außenminister ist es eine heikle Bitte. Er weiß, dass Kanzlerin Angela Merkel dagegen ist, den iranischen Regierungschef rasch nach Berlin einzuladen. Sie wolle, heißt es, nicht an dem Überbietungswettbewerb teilnehmen, den sich andere europäische Staaten wie Frankreich oder Italien um iranische Aufträge liefern, seitdem das Nuklearabkommen mit Teheran zu einer weitgehenden Aufhebung der Handelsanktionen gegen das Land geführt hat.

Beim Koalitionspartner SPD ist man weniger zögerlich. Vizekanzler Sigmar Gabriel ist dafür, dass Hassan Rohani so schnell wie möglich nach Deutschland kommt. Und Steinmeier legte dem Präsidenten bei seinem Besuch in Teheran am Mittwoch nahe, „bei seiner nächsten Europareise auch Deutschland als Besuchsziel mit in den Blick zu nehmen“. Eine förmliche Einladung könnten allerdings nur Merkel oder Bundespräsident Joachim Gauck aussprechen.

Mit seinem Vorstoß legte Steinmeier einen grundsätzlichen Dissens der Bundesregierung über den Umgang mit der Islamischen Republik offen. Der SPD geht es dabei nicht nur um die milliardenschweren Aufträge, die Teheran nach der Freigabe eingefrorener Gelder zu vergeben hat. Steinmeier hat auch die Schlüsselrolle Irans für den Syrienkonflikt im Blick. Zudem spielt Iran als Transitland für Flüchtlinge aus Afghanistan bei der Reduzierung von Flüchtlingszahlen eine wichtige Rolle.

Der Kanzlerin dagegen geht es nicht zuletzt um Israel. Sie will keinen Handel ohne einen echten Wandel. In ihrer Jerusalemer Knesset-Rede von 2008 hatte sie das Existenzrecht Israels für deutschen Staatsräson erklärt und damit vor allem Iran kritisiert, dessen Regime es immer



**Iranbesucher Steinmeier, Präsident Rohani:** Schlüsselrolle für den Syrienkonflikt

wieder infrage stellt. „Eine Voraussetzung für einen Besuch Rohanis wäre es, wenn er klar und deutlich das Existenzrecht Israels anerkennen würde“, sagt CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter.

Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Norbert Röttgen (CDU) sieht den Zeitpunkt für einen Besuch noch nicht gekommen. „Die Symbolik eines solchen Besuches wäre zugleich zu wenig und zu viel“, so Röttgen. Das Nuklearabkommen habe „noch keinen neuen Iran hervorgebracht, innenpolitisch dauert die staatliche Repression an; außenpolitisch betreibt Iran weiterhin eine offensive Machtpolitik“.

In der SPD hat man dafür wenig Verständnis. „Wenn Herr Rohani nach Davos reisen kann, dann kann er auch nach Berlin reisen“, sagt etwa SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. Springe die Wirtschaft in Iran an, würde das auch den gemäßigten Kräften im Land helfen. „Wenn die Leute nach dem Atomabkommen keine Verbesserung ihrer Lage erkennen, dann stärkt das nur die Position der Hardliner in Iran“, so befürchtet Heil.

Auch in der CDU teilt nicht jeder Merkels Zögern. „Wenn wir unsere Handelsbeziehungen mit Iran ausbauen, erhalten wir mehr Einfluss auf die Entwicklung des Landes“, findet Exverteidigungsminister und Unionsfraktionsvize Franz Josef Jung. Es gelte weiterhin der Grundsatz: „Wandel durch Handel“. Auch wegen der kriselnden Syrien-Friedensverhandlungen halte er „einen Besuch des Präsidenten Rohani durchaus für sinnvoll“, sagte Jung.

In deutschen Vorstandsetagen ist man verärgert über das Zögern der Kanzlerin. Traditionell sind die Deutschen in Iran hoch angesehen. Eine Reihe von Unterneh-

men gab ihre Vertretungen im Gottesstaat auch während der Sanktionsjahre nicht auf. Siemens etwa hielt seine Mitarbeiter in Teheran mit Serviceaufträgen über Wasser.

Jetzt warb Siemens-Chef Joe Kaeser bei Gabriel höchstpersönlich für einen Besuch des iranischen Präsidenten in Deutschland. Der Konzern hofft auf den Verkauf von Zügen, Turbinen, Computertomografen und anderem medizinischem Gerät.

Auch Airbus ließ während der Sanktionszeiten seine Beziehungen nach Iran nicht abreißen. Das half, als es jetzt um den ersten Flugzeugauftrag nach dem Ende der Wirtschaftsblockade ging. Dabei hatte der deutsch-französische Flugzeugbauer die Kanzlerin gar nicht nötig. Die Regierung in Paris sprang ein, Staatspräsident François Hollande lud Rohani zum Staatsbesuch.

Das Ergebnis kann sich für Airbus sehen lassen: Die Perser wollen 118 Flugzeuge ordern, vom kleinen A320 bis zum riesigen A380. Und sie wollen die Flieger schnell, die ersten schon in den nächsten Monaten.

Airbus-Chef Tom Enders ist überzeugt davon, dass es sich sowohl für die europäische Politik als auch für die Wirtschaft lohnt, auf die Reformkräfte in Iran zu setzen. Er traf Rohani deshalb in Paris. Das Treffen hatte er eng mit der deutschen Regierung abgestimmt, allerdings nicht mit der Kanzlerin, sondern mit Steinmeier.

Bei Airbus hat man erkannt, dass in Iranfragen nicht Merkel der beste Ansprechpartner ist. „Ich hoffe, dass Präsident Rohani möglichst bald auch nach Berlin eingeladen wird“, sagt Enders. „Die Minister Gabriel und Steinmeier haben hier gute Vorarbeit geleistet.“

Christoph Schult, Gerald Traufetter